

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28

Die Arbeitsgruppe IV des Hessischen Energiegipfels hält die beschleunigte Energiewende und den damit verbundenen beschleunigten Ausstieg aus der Kernenergie für notwendig und geht davon aus, dass dies auch dem Wunsch der Mehrheit der Bevölkerung entspricht. Dies ist ein erster wichtiger Schritt, um gesellschaftliche Akzeptanz für eine veränderte Energiepolitik zu erlangen.

Wir sehen die Energiewende im Kern als große Chance für Innovationen und neue Technologien zum Schutz der Umwelt und des Klimas an.

Im Umsetzungsprozess auf dem Weg zu einer Energiewende wollen wir möglichst wenige Eingriffe in die Umwelt zulassen, die Energieeffizienz steigern, möglichst keine Importe von Atomstrom aus dem Ausland, weder Arbeitsplätze noch das Erreichen der Klimaziele gefährden sowie Energie nicht zu einem Gut werden lassen, das sich nicht mehr jeder in ausreichendem Maß leisten kann. Zur Steigerung der Akzeptanz, aber auch zur Verbesserung der gefundenen Lösungen, ist die frühzeitige Mitwirkung und Beteiligung der Gesellschaft im Gesamtprozess gefragt.

Die grundlegenden Entscheidungen sind getroffen. Die Ergebnisse der Ethik-Kommission „Sichere Energieversorgung“ werden als eine konstruktive und hilfreiche Grundlage verstanden und ausdrücklich begrüßt. Hessen begleitet diesen Prozess mit einem eigenen Energiegipfel und hat einen breiten gesellschaftlichen Dialog angestoßen. Dieses Vorgehen begrüßen wir, weil es Vertrauen in die Bereitschaft zur Veränderung der Energiepolitik schafft und vielfältige Interessen in einen konstruktiven und ergebnisorientierten Diskussionsprozess bringt. Wir erwarten, dass die in diesem Jahr gefundenen Ergebnisse langfristig Bestand haben werden und damit ein Klima des Aufbruchs sowie der Planungs- und Investitionssicherheit geschaffen wird. Energiepolitik darf nicht länger ein unberechenbarer Standortfaktor sein. Dies gilt insbesondere auch für die Verlässlichkeit einmal getroffener energiepolitischer Entscheidungen, an denen wirtschaftliche Entscheidungen hängen. Wir unterstützen diesen Prozess aktiv, weil wir aus dem deutschen Weg ein Modell für eine Energiewende in Europa und der Welt machen wollen.

Die Energiewende kann die Technologieführerschaft Deutschlands stärken und Arbeitsplätze durch weitere Exporte sichern. Für Teile der Wirtschaft, insbesondere für die energieintensive und im internationalen Wettbewerb stehende Industrie, birgt die Energiewende Risiken. Diese gilt es zu minimieren und allenfalls für eine Übergangszeit hinzunehmen.

Die Arbeitsgruppe IV des Hessischen Energiegipfels hat sich mit Fragestellungen der Akzeptanz einer veränderten Energiepolitik, aber auch mit Auswirkungen auf Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen beschäftigt. Beteiligt waren mehr als 30 Vertreterinnen und Vertreter

1 der Landtagsfraktionen, der Kommunen, der Gerichtsbarkeiten, der Landesverwaltung, von Verbraucher- und Umweltverbänden sowie aus Medien,  
2 Gewerkschaften und (Energie-)Unternehmen.

3  
4 Die Energiewende sehen wir als einen Prozess, der uns immer wieder parlamentarische, administrative, unternehmerische und auch ganz  
5 individuelle Entscheidungen abverlangen wird. Innerhalb dieses Prozesses besteht die Aufgabe darin, überregional genauso wie regional ein  
6 Höchstmaß an Zustimmung der Menschen zu erreichen. Das wird neben allen technischen Fragestellungen eine Herausforderung der kommenden  
7 Jahre sein. Einen der Schlüssel für mehr Akzeptanz sehen wir darin, über Verfahren und Vorhaben früher zu informieren, Probleme und Konflikte  
8 offen, ehrlich und transparent anzusprechen, Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort im Rahmen der vorhandenen  
9 Möglichkeiten zu stärken sowie einmal getroffene Entscheidungen innerhalb überschaubarer Zeiträume verlässlich umzusetzen. Dabei beginnen wir  
10 nicht bei null. Wir können sowohl auf viele Erfahren im Umgang mit landespolitischen und kommunalen Infrastrukturprojekten zurückgreifen, als  
11 auch auf eine Reihe von Energiekonzepten.

12  
13 Das Energiesystem ist so dezentral wie möglich und so zentral wie nötig auszugestalten. Zentrale Diskussionen mit einem begrenzten  
14 Betroffenenkreis werden damit zu lokalen Fragen, die mit vielen unmittelbaren unterschiedlichen Betroffenenkreisen gemeinsam zu beantworten  
15 sind. Dies muss sich in Kommunikationsprozessen, die Planungsverfahren vorgelagert sind, widerspiegeln. Von dieser Entwicklung erhoffen wir  
16 uns auch neue Chancen für die Beteiligung der Bürger an der politischen Entscheidungsfindung zur Umsetzung. Um diesen Prozess aktiv zu  
17 gestalten, können wir uns ein zeitlich befristetes Gremium vorstellen, welches regelmäßig diesen Prozess begleitet und den Geist dieses Gipfels  
18 weiter lebend die Umsetzung der Ziele mit der gebotenen Unabhängigkeit kontrolliert.

19  
20 Die Zukunft der Energieversorgung in Hessen wird bei den regenerativen Energien gesehen. Wir nehmen aber auch zur Kenntnis, dass es  
21 technische, wirtschaftliche und soziale Gegebenheiten gibt, die uns den derzeitigen Rahmen vorgeben. Wir vertrauen auf den technologischen  
22 Fortschritt, der uns auf diesem Weg begleiten wird. Technische Innovationen sind oft schneller als strukturelle Entscheidungen. Wir gehen davon  
23 aus, dass es in den nächsten Jahren verstärkte Anstrengungen im Bereich der Energieforschung geben wird, die leistungsfähigere Anlagen (Re-  
24 Powering) und Speicherkapazitäten hervorbringen werden. Akzeptanz auf Seiten der Bürger schafft in diesem Bereich eine frühzeitige und  
25 offensive Informationspolitik, die mögliche Ängste vor neuen Technologien und Verfahren abbaut. Eine lang- und mittelfristige gesellschaftliche  
26 Subventionierung jeglicher Energieerzeugungsmethoden lehnen wir jedoch ab. Die gegenwärtigen Marktanzreizprogramme reichen diesbezüglich. In  
27 allen Bereichen der Energieversorgung ist stets Kosteneffizienz zu gewährleisten.

28

1 Wir sehen die Potentiale der regenerativen Energien, insbesondere der Windkraft und Biomasse, aber auch die Möglichkeiten und die  
2 Notwendigkeit zur Steigerung der Energieeffizienz etwa im Bereich der Gebäudesanierungen und der Kraft-Wärme-Kopplung noch nicht  
3 ausgeschöpft. Diese Potentiale allein werden aber weder die erforderliche Versorgungssicherheit noch ein ausreichendes Maß an Netzstabilität  
4 erreichen. Die Lücken, die der Ausstieg aus der Kernenergie hinterlässt, müssen auch durch konventionelle Gas- und Kohlekraftwerke modernster  
5 Technologie ausgeglichen werden. Das gebietet die Vernunft und unsere Verantwortung für den Wirtschaftsstandort Hessen.

6  
7 Die Umsetzung der Energiewende wird eine Veränderung der bestehenden gesellschaftlichen Balance herbeiführen. Kommunen wird eine  
8 maßgeblichere Rolle bei der Energieerzeugung, -verteilung und Speicherung zukommen. Konkrete regionale Maßnahmen sind mit der betroffenen  
9 interessierten Bevölkerung auszuhandeln. Menschen und Unternehmen werden sich auf Infrastrukturmaßnahmen zum Netzausbau, ggf. höhere  
10 Stromkosten und Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz an Haushaltsgeräten und Häusern einstellen müssen. Energieversorger werden  
11 sich auf eine höhere Erzeugungsvielfalt einstellen müssen, von der wir uns einen positiven Effekt auf die ergebnisoffene Optimierung beim  
12 Energiemix versprechen. Nicht außer Acht gelassen werden dürfen die Chancen der Energiewende gerade auch für hessische Unternehmen.  
13 Regionale Wirtschaftseffekte werden insbesondere im Bereich der Energieeinsparung, aber auch beim dezentralen Ausbau von Wind-, Solar- und  
14 Biomasseenergie zu erzielen sein.

15  
16 Wir erachten es als wichtig, die Bedürfnisse der Menschen nach Mobilität, Komfort und die Nutzung technischer Geräte, die die Lebensqualität  
17 steigern, zu respektieren. Wir wollen soweit möglich nicht die Menschen bzw. ihr Verhalten, sondern die Art der Energienutzung und -erzeugung.  
18 Für die notwendigen Einsparungen und Effizienzerhöhungen sind auch gewisse Verhaltensänderungen der Bevölkerung notwendig.  
19 Den möglichen Anstieg der Energiekosten kann man dadurch begrenzen, indem wir privaten Haushalten und der Wirtschaft dabei helfen, bei  
20 gleichen Leistungen und Ergebnissen deutlich weniger Energie zu verbrauchen.

21  
22 Um die Akzeptanz bestehender und neuer **Energieerzeugungs- und Infrastrukturanlagen** zu steigern, sehen wir die Möglichkeiten neuer  
23 Betreibermodelle wie Genossenschaften. Bürgerwindparks sind ein gutes Beispiel dafür, wie echte Beteiligung und gute Planung Akzeptanz  
24 befördern können. Die vielfach angeregte und auch schon realisierte Beteiligung von Bürgern und Kommunen an der mit der dezentralen  
25 Energiegewinnung erzielten Wertschöpfung kann entscheidend zur Akzeptanz beitragen. Dabei soll im Sinne einer chancengerechten  
26 Bürgerbeteiligung darauf geachtet werden, dass eine finanzielle Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger auch für kleinere Anlagebeträge möglich  
27 gemacht wird. Wir haben die Vor- und Nachteile verschiedener Energieerzeugungsarten zusammengetragen und in einer übersichtlichen Matrix

1 dargestellt. Darin haben wir Vorteile, rationale und emotionale Faktoren, Kommunikationsoptionen und die jeweiligen Besonderheiten der  
2 diskutierten Energieerzeugungsanlagen aufgenommen.

3  
4 Maßgeblich für eine hohe Akzeptanz vor Ort ist eine frühzeitige und umfassende Information der Bürger in allen Verfahrensabschnitten, wozu auch  
5 ein hohes Maß an Konstanz der jeweiligen Ansprechpartner und Akteure beiträgt. Zur Steigerung der Transparenz und Vorhersehbarkeit des  
6 Prozesses für alle Beteiligten wird die Erstellung entsprechender Leitlinien, die Vorschläge für den Ablauf eines Kommunikations- und  
7 Beteiligungsprozesses enthalten, empfohlen. Um die Öffentlichkeit noch vor Beginn eines förmlichen Verwaltungsverfahrens einzubeziehen und  
8 Lösungsmöglichkeiten von Konflikten zu eruieren, bieten sich Moderationsprozesse mit Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie  
9 gesellschaftlichen Gruppen an.

10  
11 Bei emotionalen und ästhetischen Bedenken gegenüber Maßnahmen des energiepolitischen Umbaus sind geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um  
12 diesen möglichst entgegenzuwirken.

13 Vorstellbar ist die Erörterung von beabsichtigten Maßnahmen im Rahmen einer Konsensus-Konferenz mit Unterstützung der neuen Medien, aber  
14 auch Moderation und Mediation.

15  
16 **Infrastrukturmaßnahmen** gehören zu den Notwendigkeiten einer dezentraleren Energieversorgung. Die jetzige „Einbahnstraßenstruktur“ der  
17 Netze vom Erzeuger bis hin zum Endverbraucher muss durch die zunehmend dezentrale Erzeugung (z.B. Photovoltaik, Windkraftanlagen)  
18 grundlegend in Richtung einer stärkeren Steuerbarkeit von Verbrauch und Erzeugung verändert und ausgebaut werden (Ziele sind die intelligenten  
19 Netze der Zukunft, die Smart Grids).

20  
21 Der Ausbaubedarf in Hessen ist dabei je nach Standort und Erzeugungsanlagen höchst unterschiedlich. Unmittelbare Betroffenheit der Menschen  
22 und vorherrschende gesundheitliche Ängste sowie die sichtbaren Eingriffe ins Landschaftsbild können Widerstände und unter Umständen auch  
23 zeitliche Verzögerungen hervorrufen. Hier sehen wir großen Nachholbedarf, den Menschen die Aufgabe und Wirkungsweise zum Beispiel mit  
24 Blick auf die Versorgungssicherheit darzulegen und die Alternativen entgegenzustellen. Vor einer Netzausbauplanung müssen belastbare  
25 Informationen über die mit dem Netzausbau zu verknüpfende Stromversorgungsstruktur vorliegen und öffentlich diskutiert werden können. Denn  
26 die Struktur der Energieerzeugung bestimmt die Notwendigkeit des Netzausbaus.

27

1 In Planungs- und Genehmigungsverfahren sprechen wir uns – durchaus im Sinne eines Perspektivwechsels – für eine intensivere und transparente  
2 Beteiligung der betroffenen Bevölkerung aus. Dies schafft auch Mitverantwortung des Einzelnen. Wichtig ist beispielsweise eine transparente  
3 Planung von Standorten für die Nutzung der Windenergie im Rahmen der Regionalplanung. Wir können uns durch Moderation, Mediation und  
4 andere Möglichkeiten, wie Musterprozesse, begleitete Genehmigungsverfahren vorstellen. Die Berücksichtigung eines nachhaltigen Umgangs mit  
5 der Natur und anderer Ressourcen und die Gewährleistung der Bürgerrechte sind im Rahmen der Energiewende zu beachten.

6  
7 Von möglichen Strompreiserhöhungen werden auch die **privaten Haushalte** betroffen sein. Wir sehen gerade bei aufwendigen Maßnahmen  
8 Anbieter und staatliche Stellen gleichermaßen in der Verpflichtung, den Bürgern umfassend und ehrlich die notwendigen Maßnahmen zu erläutern.  
9 Regional bzw. zielgruppenbezogen kann es dennoch erforderlich sein, finanzielle Anreize zu schaffen. Bereits vorhandene staatliche  
10 Förderprogramme sind unter Energieaspekten zu evaluieren und passgenau auf bestimmte Zielgruppen zu gestalten und ggf. auszubauen. Der Staat  
11 und seine Institutionen sind besonders gefragt, künftig verstärkt eine Vorbildfunktion im Bereich der Energieeffizienz einzunehmen.

12  
13 **Unternehmen**, insbesondere energieintensive Unternehmen, stehen vor besonderen Herausforderungen. Schon heute können einige Unternehmen  
14 aufgrund des hohen Strompreises nicht mit voller Auslastung produzieren. Unternehmen, zum Beispiel im Bereich der Papier- oder chemischen  
15 Industrie, stehen in einem globalen Wettbewerb. Unternehmen reagieren deshalb besonders empfindlich auf Änderungen des Strompreises.  
16 Gleichzeitig sind Unternehmen auf eine ständige und flexible Verfügbarkeit von Energie in ausreichendem Umfang angewiesen.

17  
18 Die Aufgabe der Politik muss deshalb sein, in der Übergangszeit Unternehmen weiterhin wettbewerbsfähige Energiepreise zu ermöglichen. Dazu  
19 gehören die Evaluierung und Anpassung der entsprechenden Maßnahmen.

20  
21 Wir sehen aber auch die Möglichkeiten, gerade der energieintensiven Unternehmen, aktiv bei der Umsetzung der Energiewende mitzuwirken. Es  
22 müssen die Rahmenbedingungen für eine Optimierung der Nutzung des industriellen Lastenmanagements bei der Stabilisierung der Netzauslastung  
23 und damit bei der Schaffung einer verbesserten Versorgungssicherheit geschaffen werden. Lastmanagement durch die gezielte, flexible Abnahme  
24 von Energie könnte dabei ein neues Geschäftsfeld für Unternehmen darstellen, den Zubaubedarf an neuen konventionellen Kraftwerken reduzieren  
25 und den Unternehmen helfen, mit wettbewerbsgerechteren Strompreisen belastet zu werden.

1 Als konkrete Maßnahmen zur Schaffung von mehr Akzeptanz einer veränderten Energiepolitik in Hessen schlagen wir vor:

- 2
- 3 • Verbesserung der Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger auf allen Stufen, Leitfäden mit Musterabläufen
- 4 zur Begleitung von Infrastrukturmaßnahmen und Ausbau von Energieerzeugungsanlagen.
- 5
- 6 • Schaffung einer Monitoringsstelle zur Umsetzung der Energiewende.
- 7
- 8 • Nutzung neuer Medien, z.B. Schaffung internetgestützter Beteiligungsplattformen für mehr Bürgerbeteiligung.
- 9
- 10 • Evaluation von Förderprogrammen unter Energiegesichtspunkten, insbesondere Effizienz.
- 11
- 12 • Freiheit der energiewirtschaftlichen Betätigung der Kommunen.
- 13
- 14 • Schaffung von investitionsfördernden Rahmenbedingungen für eine Optimierung der Nutzung der Potenziale von Lastenmanagement.
- 15
- 16 • Mehr und bessere Informationen für Verbraucher und Unternehmen, z.B. best-practice Beispiele.
- 17
- 18 • Klimaschutzziele und Energiekonzepte zum Umstieg in das Erneuerbare Zeitalter erarbeiten und diese auf Ebene der einzelnen Kommunen
- 19 ableiten und konkretisieren.
- 20
- 21 • Die Aspekte Faszination Technik und Tourismus mit der Energiewende verknüpfen (z.B. Windpark-Wanderlehrpfade,
- 22 Technikausstellungen, Preisausschreiben, etc.).
- 23
- 24 • Bildungsarbeit insbesondere in Schulen für Akzeptanzgewinn nutzen.
- 25
- 26 • Beratungs- und Informationskampagne durch Politik und Unternehmen.
- 27